



Nr. 22

14. Juni 2018

## Inhalt

[Bundesverfassungsgericht entscheidet Lehrerstreik-Fälle  
Beamtenstatus und Streikrecht nicht vereinbar+++](#)

[VBOB Bundesvertretertag  
BAMF-Skandal: Politik hat Behörde über Jahre sträflich  
vernachlässigt+++](#)

[WDR Europaforum  
Europäische Zukunft ist Aufgabe aller gesellschaftlichen  
Kräfte+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Deutsche Polizeigewerkschaft  
Höchste Zeit für Musterpolizeigesetz+++](#)

[Verband Bildung und Erziehung  
Gewalt gegen Lehrkräfte: Kultusministerkonferenz  
soll sich positionieren+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Bundesverfassungsgericht entscheidet Lehrerstreik-Fälle **Beamtenstatus und Streikrecht nicht vereinbar**

**Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum beamtenrechtlichen Streikverbot ausdrücklich begrüßt. Beamtenstatus und Streikrecht sind demnach grundsätzlich nicht miteinander vereinbar.**

„Mit seiner Entscheidung hat das oberste deutsche Gericht unsere Rechtsauffassung zum Beamtenstatus einhundertprozentig bestätigt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach unmittelbar nach Bekanntgabe der Entscheidung des Zweiten Senat des Gerichts unter Vorsitz von Präsident Prof. Dr. Andreas Voßkuhle am 12. Juni 2018 in Karlsruhe. „Die Verfassung garantiert mit dem Berufsbeamtentum und seinen Grundsätzen in einem ausbalancierten Verhältnis von Rechten und Pflichten ganz bewusst einen streikfreien Raum, in dem eine ständige staatliche Aufgabenerledigung sichergestellt wird. Dazu steht der dbb uneingeschränkt. Verlässlichkeit und Neutralität der Leistungen des Staates sind in der Bundesrepublik Deutschland über den Beamtenstatus abgesichert. Nur dieser Status garantiert einen in wesentlichen Aufgabenfeldern streikfreien öffentlichen Dienst, auf den sich die Menschen Tag für Tag, rund um die Uhr und jahrein, jahraus verlassen können“, so der dbb Chef.

Silberbach kritisierte erneut die Argumentation der Beschwerdeführer – vier verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer, die aufgrund ihrer Teilnahme an Streiks disziplinarrechtlich belangt worden waren –, ihnen werde mit dem Streikrecht ein Menschenrecht im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention genommen. „Gerade deshalb gibt es zwei Beschäftigtengruppen: Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes haben überall, das ist anders als vielfach in

Europa, das volle Streikrecht. Beamte haben dafür ein anderes, aber ebenfalls in sich ausgewogenes System – etwa die Zusage vom Staat, dass dieser lebenslang die Verantwortung für ihre materielle Absicherung übernimmt. Auf diese Weise dient das Beamtenverhältnis dem Wohl des Landes und der Allgemeinheit, der Sicherung des Rechtsstaats und der Demokratie, und es steht vollkommen im Einklang mit europäischem Recht“, machte Silberbach deutlich.

Auch Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, begrüßte das Urteil. „Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass es erstens am Status des Berufsbeamtentums als einem Charakteristikum unserer Staatsorganisation nichts zu rütteln gibt, und dieser zweitens aufgrund seiner differenzierten Ausgestaltung nicht gegen europäisches Recht verstößt.“ Mit Blick auf die in Karlsruhe verhandelten Fälle streikender Lehrer sagte Schäfer: „Wer die Schulpflicht gesetzlich verankert, muss auch dafür sorgen, dass Unterricht stattfindet. Der Beamtenstatus und das ihm innewohnende Streikverbot für Lehrkräfte sind daher unabdingbar, da sind sich dbb und die unter seinem Dach organisierten Lehrgewerkschaften vollkommen einig. Schüler und Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass die Wissensvermittlung an Schulen jederzeit verlässlich stattfindet.“

## VBOB Bundesvertretertag

### **BAMF-Skandal: Politik hat Behörde über Jahre sträflich vernachlässigt**

**„Erst der dramatische Personalengpass und die veraltete technische Ausstattung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führten zu den heutigen Problemen“, hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach deutlich gemacht und sich damit vor die Beschäftigten der Behörde gestellt.**

„Jetzt dürfen nicht die Mitarbeiter unter Pauschalverdacht gestellt werden“, so der dbb Chef auf dem Vertretertag des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) am 11. Juni 2018 in

Berlin. „Die Versäumnisse in der Politik reichen über mehrere Legislaturperioden zurück.“ Bereits vor 2015 habe es im BAMF an allen Ecken und Enden an Personal gemangelt. Als dann die vielen Geflüchteten nach Deutsch-

land kamen, habe die Behörde zusätzlich unter enormen politischem Druck gestanden – ohne dass angemessen ins Personal investiert worden wäre. „Stattdessen wurden Berater für 55 Millionen Euro hinzugezogen“, betonte Silberbach. „Die Mittel wären besser in Stellenmehrung und Leistungsprämien geflossen.“

Darüber hinaus sei das Bundesamt für Migration ein Paradebeispiel für den miserablen Zustand der Technik in den Behörden. „10 Minuten für das Abspeichern einer Datei: Mit einer solchen Ausstattung ist die Arbeit nicht zu stemmen“, mahnte der dbb Chef. Daher müsse die digitale Infrastruktur in den Amtsstuben nun massiv hochgerüstet werden. Denn nur mit einem modernen, vernetzten Arbeitsplatz könnten Fachkräfte heutzutage überhaupt noch für den öffentlichen Dienst gewonnen werden. „Und diese Fachkräfte brauchen wir, wenn in den kommenden Jahren ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet“, urteilte Silberbach.

Ein weiterer, wichtiger Faktor für einen wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst sei die Reduzierung der Arbeitszeit für die Bundesbeamten. „In der freien Wirtschaft werden immer mehr flexible Arbeitszeitmodelle angeboten“, stellte der Bundesvorsitzende klar. Da dürfe

der öffentliche Dienst nicht den Anschluss verlieren, sonst drohe ein akuter Mangel an Nachwuchskräften. „Dann erleben wir jedes Jahr einen solchen Skandal wie derzeit beim BAMF.“

Der Bundesvertretertag des VBOB stand unter dem Motto „Mit Sicherheit. In Zukunft. Digital.“ Als Nachfolgerin von Hartwig Schmitt-Königsberg wählten die Delegierten Rita Berning zur neuen VBOB Bundesvorsitzenden. Damit steht erstmals eine Frau an der Spitze der über 10.000 Mitglieder starken Gewerkschaft. In ihrer Antrittsrede appellierte die gebürtige Emsländerin an die Politik, ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen für den öffentlichen Dienst bereitzustellen.

Berning forderte insbesondere die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung in der Bundesverwaltung: „Unser Mantra lautet: Dauerstellen für Daueraufgaben.“ Zu ihren weiteren Prioritäten gehöre die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes und die Rücknahme der Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten, die derzeit 41 Stunden beträgt. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung, mit der die Erhöhung vor mehr als zehn Jahren begründet worden war, sei schließlich längst erreicht.

## WDR Europaforum

### **Europäische Zukunft ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte**

**Die Zukunft Europas zu sichern und zu gestalten ist nicht nur Aufgabe der Politik, sondern aller gesellschaftlichen Kräfte – und damit auch des dbb, sagte Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes Ulrich Silberbach am 7. Juni 2018 beim „WDR Europaforum“ in Berlin.**

„Kontinuität und Verlässlichkeit, die Herrschaft des Rechts und eben nicht das Recht des Stärkeren. Das sind unsere europäischen Werte, und das ist auch die Grundlage der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Für diese Wertegebundenheit steht auch der dbb insgesamt. Wir sind deshalb bereit, unseren Teil zu leisten, damit unsere europäische Ordnung erhalten bleibt“, sagte Silberbach.

Einzelne europäische Entscheidungen seien sicherlich kritikwürdig, aber das gelte genauso für die nationale, regionale oder lokale Ebene. „Diejenigen, die dieses Europa fundamental Frage stellen, greifen doch in Wahrheit unsere freiheitliche demokratische Grundordnung an.“

Die allgemeine Entwicklung, die sich durch immer größere Aufregtheit und Gereiztheit kennzeichnet, bereite ihm große Sorge, erklärte Silberbach. „Die Populisten heizen diese Stimmung an. Europa ist da oft der erste Angriffspunkt. Aber wir erleben die zunehmende politische Verrohung auch durch Übergriffe auf Repräsentanten des Staates, auf öffentlich Bedienstete.“ Diese gesellschaftlichen Phänomene hingen miteinander zusammen.

„Deshalb ist es wichtig, dass wir uns nicht an den Spielfeldrand stellen und die Entwicklung nur passiv beobachten. Wir stehen alle in der Verantwortung, diesen gefährlichen Trends unserer Zeit entgegenzuwirken“, so der dbb Chef. Dazu gehöre nicht zuletzt, den Wert der

europäischen Zusammenarbeit auch in der staatlichen Aufgabenerfüllung stärker zum Thema machen. „Wir können als dbb aufzeigen, wo wir gerade im öffentlichen Dienst von der europäischen Zusammenarbeit profitieren.“

Der dbb werde sich besonders mit Blick auf die Europawahlen für mehr europäische Öffentlichkeit engagieren, aber auch wichtige Zukunftsthemen wie die Digitalisierung in ihrer europäischen Dimension diskutieren.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### Deutsche Polizeigewerkschaft **Höchste Zeit für Musterpolizeigesetz**

**Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat bedauert, dass die Innenministerkonferenz (IMK) in ihrer Sitzung am 8. Juni 2018 die Schaffung eines bundesweiten Musterpolizeigesetzes „auf die lange Bank geschoben“ hat.**

„Es wäre vernünftig, wenn es ein solches Rahmengesetz gäbe, das einheitliche Befugnisse der Polizei regelt. Vor dem Hintergrund von Terrorgefahr, länderübergreifender Kriminalität und polizeilichen Großeinsätzen ist es höchste Zeit, ein solches Musterpolizeigesetz auf den Weg zu bringen. Die derzeit unterschiedlich geltenden Regelungen, zum Beispiel im Bereich der Gefahrenabwehr, hemmen eine effektive polizeiliche Arbeit“, sagte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt.

Der DPoIG Chef betonte zudem erneut, dass die von Bundesinnenminister Horst Seehofer vorgeschlagenen Anker-Zentren, in denen

Asyl-Bewerber von der Ankunft bis zur Entscheidung untergebracht werden sollen, ein entscheidender Schritt hin zu einem geordneten Verfahren wären. Die Aufnahme oder Abschiebung von Flüchtlingen muss endlich schnell und transparent erfolgen. Wendt: „Die Einrichtung von Anker-Zentren muss allerdings mit einem wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen einhergehen. Hier setzen wir auf die kommende Ratspräsidentschaft Österreichs. Außerdem sollten Menschen, die erkennbar keine Berechtigung zur Einreise nach Deutschland haben, bereits an der Grenze künftig zurückgewiesen werden.“

### Verband Bildung und Erziehung

#### **Gewalt gegen Lehrkräfte: Kultusministerkonferenz soll sich positionieren**

**Der Präsidenten der Kultusministerkonferenz (KMK), Thüringens Bildungsminister Helmut Holter, hat gefordert, Gewalttaten gegen Lehrkräfte konsequent zur Anzeige zu bringen. Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), mahnte, dass die gesamte KMK sich klar positionieren und hinter die Vorschläge ihre Präsidenten stellen müsse.**

„Das Märchen, dass es sich bei Gewalt gegen Lehrkräfte lediglich um Einzelfälle handle, muss endlich ein Ende finden. Wir brauchen klare Regelungen und die uneingeschränkte

Unterstützung betroffener Lehrkräfte durch die Dienstvorgesetzten“, so der VBE Chef. „Wir werden den Umgang der KMK und der Länder mit diesem Thema sehr genau beobachten.“

## **Namen und Nachrichten**

Am 7. Juni 2018 hat sich die **dbb** Verhandlungskommission für die Feuerwehr am Flughafen Frankfurt-Hahn mit der dortigen Geschäftsführung zu einem ersten Tarifgespräch getroffen. Ziel des dbb ist es, die Arbeitsbedin-

gungen der Beschäftigten weiter zu verbessern. Die zentralen Forderungen in den Tarifverhandlungen werden deshalb unter anderem die Schichtanzahl im 24-Stunden-Dienst und die Absicherung im Fall der Atemschutzun-

tauglichkeit betreffen. Als nächster Termin für die Verhandlungen wurde der 20. Juni 2018 vereinbart.

Am 11. Juni 2018 haben sich **dbb** Vertreter mit der Geschäftsführung der PRO Klinik Service Neuruppin GmbH (PKS) zu einer ersten Verhandlungsrunde über einen Haustarifvertrag getroffen. Derzeit werden in vielen Bereichen nur (Branchen-)Mindestlöhne gezahlt oder die Vergütung ist individuell geregelt. Die Beschäftigten fordern nun eine Gleichbehandlung durch ihren Arbeitgeber. Der Arbeitgeber hat sich für eine Harmonisierung der Arbeitsbedingungen offen gezeigt, aber auch auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung hingewiesen. Diese sollen nun bis zum nächsten Verhandlungstermin Ende Juli 2018 präzisiert und gemeinsam mit dem dbb nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Der **Deutsche Anwaltsverein (DAAV)** hat auf seiner Mitgliederversammlung am 8. Juni 2018 einen neuen Bundesvorstand gewählt. Bundesvorsitzender ist nun Oberamtsanwalt Jörn Eggert. Stellvertretender Bundesvorsitzender und Geschäftsführer ist Oberamtsanwalt Burkard Will, Stellvertretende Bundesvorsitzende und Schatzmeisterin ist Oberamtsanwältin Erika Mök und Stellvertretender Bundesvorsitzender sowie Schriftführer ist Oberamtsanwalt Frank Möller.

Die Bundesvorsitzende der **Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)**, Christina Dahlhaus, hat am 11. Juni 2018 Stellung zu den Vorwürfen bezogen, ihr Stellvertreter Andreas Kögler sei hauptamtlicher Mitarbeiter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit gewesen: „Das trifft uns sehr. Wir haben Andreas Kögler als hervorragenden Gewerkschafter und überzeugten Demokraten kennen und schätzen gelernt, der sich in unserer Gewerkschaft vorbildlich für die Belange der Beschäftigten bei der Deutschen Post einsetzt. Andreas Kögler hat uns versichert, dass er als 18-jähriger Offizierschüler ein Studium an der juristischen Hochschule in Potsdam aufgenommen hat. Voraussetzung für die Zulassung zum Studium war die eigenhändige Abschrift einer vorgefertigten Verpflichtungserklärung gegenüber der Stasi. Seine Zeit als Offizierschüler war seinem Arbeitgeber Deutsche Post schon seit 1990 bekannt. Vor seiner Einstellung in das Unternehmen wurde eine sogenannte Unbedenklichkeitserklärung der Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU), heute auch Jahn-Behörde genannt, ausgestellt. Für uns ist entscheidend, dass Andreas Kögler zu keiner Zeit Menschen bespitzelt und ausspioniert hat.“

### Kommende Termine:

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST  
26. Juni 2018

Veröffentlichung zur dbb Bürgerbefragung  
8. August 2018

13. dbb Medienkonferenz  
22./23. Oktober 2018